

Blickpunkt Hessen

Walter
Mühlhausen

Als die
Synagogen
brannten

Die November-
Pogrome 1938
in Hessen



Als die Synagogen brannten Die November-Pogrome 1938 in Hessen

Walter Mühlhausen (geb. 1956 in Eichenberg/Nordhessen), Dr. phil. habil., Geschäftsführer der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg. Er lehrt nebenberuflich als apl. Professor an der Technischen Universität Darmstadt und ist u. a. Mitglied der Kommission für Politische und Parlamentarische Geschichte des Landes Hessen beim Hessischen Landtag.

*Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der HLZ dar.
Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.*

Blickpunkt Hessen

In dieser Reihe werden gesellschaftspolitische Themen als Kurzinformationen aufgegriffen. Zur Themenpalette gehören Portraits bedeutender hessischer Persönlichkeiten, hessische Geschichte sowie die Entwicklung von Politik und Kultur.

Die Schriftenreihe „Blickpunkt Hessen“ erscheint als Eigenpublikation der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, Taunusstraße 4-6, 65183 Wiesbaden

Herausgeberin: Angelika Röming
Gestaltung: G-S Grafik & Satz, Wiesbaden, www.dr-g-schmidt.de
Druck: dinges und frick GmbH, 65199 Wiesbaden
Erscheinungsdatum: Februar 2013
Auflage: 4.000
ISSN: 1612-0825
ISBN: 978-3-943192-11-7

Abbildungen auf dem Titel:

- In Flammen: die Synagoge am Frankfurter Börneplatz
(*Institut für Stadtgeschichte Frankfurt a. M.*)
- Verwüstet: das jüdische Gemeindezentrum in Kassel
(*Stadtarchiv Kassel, E1 A 0.001.810; Fotograf Carl Eberth*)

Als die Synagogen brannten

Die November-Pogrome 1938 in Hessen

Am 7. November 1938 verübt der 17-jährige polnische Jude Herschel Grynszpan aus Protest gegen die von den Nationalsozialisten verordnete Ausweisung polnischer Juden aus dem deutschen Reich ein Attentat auf den Legationssekretär an der deutschen Botschaft in Paris, Ernst vom Rath. Vom Rath erliegt seinen Verletzungen zwei Tage später. Ganz im Sinne der Weisung des Reichspropagandaministeriums, in den Berichten über das Attentat das „internationale jüdische Verbrechergesindel“ anzuprangern, schürt die in Kassel erscheinende „Kurahessische Landeszeitung“ am Tag nach dem Anschlag die Stimmung mit einem Hetzartikel:

„Die Nachricht von den Schüssen in Paris löste eine Welle der Empörung im deutschen Volke aus. Wenn diesmal, wie die spontan aus dem Herzen kommenden Vorfälle in Kassel und Kurhessen beweisen, die Faust nicht geballt in der Tasche bleibt, sondern sich der Grimm und die Wut des Volkes in eingeschlagenen Synagogen-Fensterscheiben Luft macht, dann hat sich dies das internationale Judengesindel selbst zuzuschreiben. Die Tat von Paris muss und wird Maßnahmen zur Folge haben, die zu den schwersten ihrer Art gegen die in Deutschland lebenden Juden zählen dürften. Unsere Antwort wird hart sein!“

Die „Antwort“ ist mehr als „hart“: Sie besteht in Orgien der Gewalt gegenüber Juden und jüdischem Eigentum, die als „Reichskristallnacht“ in die Geschichte eingegangen

sind – eine Bezeichnung, die auf die in diesen Tagen zerstörten Scheiben jüdischer Einrichtungen anspielt, die aber die brutalen Geschehnisse eher verharmlost. Der Auftakt zu den reichsweiten Pogromen vom 9. auf den 10. November und in den folgenden Tagen fand im hessischen Norden mit Kassel im Zentrum statt. Die dortigen Aktionen vom 7. bis 9. November gaben einen Vorgeschmack auf das, was Tage später das ganze Reich erfassen sollte.

Orts- und Zeitwechsel: Bad Nauheim, 27. April 1945. An diesem Tag entsteht im alten Kurbad ein Foto, das ein für die unmittelbare Nachkriegszeit ungewöhnliches Ereignis festhält: die Wiedereröffnung der örtlichen Synagoge. Nur die äußere Hülle des Gebäudes hatte die Zeit des Nationalsozialismus überstanden. Im November 1938 war es einigen beherzten Bürgern gelungen, das Feuer in dem 1929 eingeweihten jüdischen Gotteshaus zu löschen. So wurden zwar das Mobiliar und einige kostbare heilige Gegenstände zerstört, doch blieb das Gebäude weitgehend unversehrt. Nachfolgend wurde es von den Nationalsozialisten geschändet und als Lagerhaus genutzt. Als Ende März 1945 die Amerikaner den Ort besetzten, war die einstige Synagoge in einem erbärmlichen Zustand. Auf Befehl des amerikanischen Ortskommandanten Benjamin Wellins mussten ortsbekannte Nationalsozialisten das ehemalige Gotteshaus in kürzester Zeit wieder herrichten. Nicht einmal vier Wochen nach dem

Einmarsch der Amerikaner – noch vor der deutschen Kapitulation – konnte es so wieder seiner ursprünglichen Bestimmung übergeben werden. Den ersten Gottesdienst hielt ein Feldrabbiner der US-Army.

Die Nauheimer Synagoge gehörte zu den wenigen der insgesamt 363 auf dem Gebiet des heutigen Landes Hessen (1938 noch in die preußische Provinz Hessen-Nassau, bestehend aus



Die Gießener Synagoge von 1878 wird 60 Jahre später gebrandschatzt.

(Jüdisches Museum Frankfurt a. M., Slg. Arnsberg, Hessen, F87-G271; © Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen)

den Regierungsbezirken Kassel und Wiesbaden, und das Land Hessen-Darmstadt gegliedert), die bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 noch als religiöse Versammlungsstätten genutzt wurden und die als Gebäude die Diktatur überleben sollten. Zahlreiche der 363 Synagogen dienten schon bald nach 1933 nicht mehr als Bethäuser, weil die ortsansässige jüdische Bevölkerung, vor allem in

Dörfern und selbst Kleinstädten, vertrieben worden war – so wie etwa im Dorf Hebenshausen im nördlichen Zipfel Hessens, wo die von der Gemeinde 1937 an einen Bauern verkaufte kleine Synagoge mittlerweile zur Scheune umgebaut worden war. Die meisten der im Spätjahr 1938 noch intakten Synagogen – man schätzt etwa 145 – wurden in den November-Pogromen zerstört. Die überwiegende Mehrheit der anderen wurde geschändet. Einige der in der „Reichskristallnacht“ beschädigten jüdischen Gotteshäuser wurden sogleich gesprengt oder abgetragen, andere erst später dem Erdboden gleich gemacht. Damit wurde ein Teil des Werkes vollendet, das am 7. November 1938 auf dem Gebiet des heutigen Landes Hessen begonnen hatte.

Hessen „antisemitisch verseucht“

Noch bevor Reichspropagandaminister Joseph Goebbels am 9. November gegen 22 Uhr in München als Reaktion auf den Tod vom Raths eine wüste Kampfrede gegen die Juden hielt und damit den Startschuss für die „Reichskristallnacht“ gab, fanden am 7., 8. und 9. November lokale Ausschreitungen gegen Juden und jüdisches Eigentum statt. Neben Anhalt (mit Magdeburg) war der Regierungsbezirk Kassel das Zentrum. Dort erfolgte der Auftakt zu den systematischen Gewaltexzessen gegen jüdische Einrichtungen und jüdische Mitbürger.

Dabei ist die Frage nur schwerlich zu beantworten, warum der Beginn der reichsweiten Ausschreitungen gerade im hessischen Norden erfolgte. Zum einen dürfte es eine Rolle gespielt haben, dass Kassel Verwaltungs- und Parteizentrum war. Hier residierten der preußische Oberpräsident von Hessen-Nassau und der Regierungspräsident für den Regierungsbezirk

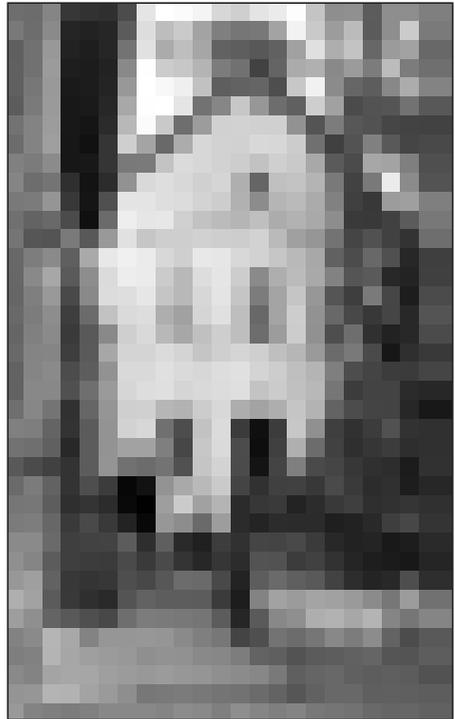
Kassel, daneben die Parteileitung des Gaues Kurhessen. Ferner befanden sich hier die Zentrale eines SS-Abchnitts und eines Unterabchnitts des Sicherheitsdienstes (SD). Kassel, seit 1935 als „Stadt der Reichskriegertage“ symbolpolitisch aufgewertet, besaß also als Oberzentrum mit einer Vielzahl von Behörden eine herausgehobene Mittelpunktfunktion.

Zudem dürfte von Bedeutung gewesen sein, dass es in dieser Region mit einem vergleichsweise hohen Prozentsatz an jüdischer Bevölkerung einen historisch tief verwurzelten Antisemitismus gab, der sich schon vor 1900 weithin entfaltet hatte. Der Marburger Bibliothekar Otto Böckel, der so genannte Bauernkönig, seit 1887 Mitglied des Reichstages, hatte mit seiner Agitation den Antisemitismus vor allem im ländlichen Kurhessen und im hessen-darmstädtischen Oberhessen befördert. In demagogischer Weise schürte er die Missgunst in der vor allem bei jüdischen Land- und Viehhändlern stark verschuldeten Bauernschaft. Böckels Reichstagskollege Ludwig Werner, der für Hersfeld im Parlament saß, propagierte einen demagogischen Antisemitismus, der Judentum mit ausbeuterischem Kapitalismus gleichsetzte. Solches fruchtete dauerhaft: „In der hessischen Volksseele lebt schon seit den Tagen Böckels ein starker antisemitischer Zug“, las man zum November-Pogrom 1938 in der Bad Nauheimer Zeitung.²

Die hessischen Gebiete entwickelten sich zu einem der Zentren des Antisemitismus. Im Kaiserreich gab ein Viertel der Wähler im Regierungsbezirk Kassel den Antisemiten seine Stimme. Antisemitische Kandidaten gewannen dort erstmals 1887 im Wahlkreis Marburg/Kirchhain/Frankenberger ein Reichstagsmandat und konnten bei den Wahlen 1893 fünf, 1898 vier der acht Wahlkreise des Regierungsbezirks erobern. Im

Regierungsbezirk Wiesbaden erlangen die Antisemiten allerdings erst 1903 einen der sechs Reichstagswahlkreise. Hessen-Nassau war zur Jahrhundertwende in der Tat „antisemitisch verseucht“, wie der ab 1900 in Offenbach und dann seit 1907 in Kassel tätige Sozialdemokrat Albert Grzesinski 1934 in seinen in der Emigration verfassten Erinnerungen schreiben sollte.³

Insgesamt verzeichnete die militant-populistische Bewegung einen enormen Zulauf und strahlte schließlich auch in das Großherzogtum Hessen. Großherzog Ludwig IV. missbilligte zwar öffentlich die „gehässigen An-



Das 1928 errichtete jüdische Gotteshaus im nordhessischen Dorf Herleshausen wird 1938 vollkommen zerstört.

(Jüdisches Museum Frankfurt a. M., Slg. Arnsberg, Hessen, F87-G339; © Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen)

feindungen“ gegen die Juden „auf das Ernsteste“ und sein Ministerium hielt die Verwaltungen zur sorgfältigen Beobachtung der „das friedliche Zusammenleben der Bevölkerung gefährdenden Agitation“ an. 1890 gewannen die Antisemiten jedoch auch im hessen-darmstädtischen Oberhessen zwei Reichstagsmandate, 1893 zudem einen in Südhessen. 1911 saß der antisemitische „Hessische Bauernbund“ mit 15 Abgeordneten unter insgesamt 58 Mandatsträgern im Landtag von Darmstadt.

In Kurhessen mit Kassel im Zentrum war das Terrain für die antisemitische Ideologie bestens planiert – ein Nährboden, auf dem die nationalsozialistische Propaganda so trefflich keimen konnte. Antijüdische Ausschreitungen hatte es bereits in der Weimarer Republik gegeben. So wurde in Bad Hersfeld, von einer jüdischen Zeitung 1925 als „Tummelplatz völkisch eingestellter Radaubröder“⁴ bezeichnet, im November 1924 die Synagoge beschädigt, in einem Gebiet, das von 1893 bis zur Revolution 1918 durchgängig von einem Antisemiten im Reichstag vertreten worden war. Die Hersfelder Synagoge sollte im November 1938 als erstes jüdisches Gotteshaus in Hessen ein Raub der Flammen werden.

Ausgrenzung der Juden

Die Geschichte der Judenverfolgung unter der nationalsozialistischen Diktatur weist für Hessen keine Besonderheiten auf, zeigt sich dort mit gleicher, vielleicht sogar gesteigerter Intensität. Im Vergleich zum übrigen Deutschland (0,9 Prozent der Gesamtbevölkerung) lag der Anteil der Juden in Hessen über dem Durchschnitt. Der Volksstaat rangierte 1933 gar mit 1,25 Prozent an der Spitze der

deutschen Länder. Das preußische Hessen-Nassau besaß einen Anteil von 1,8 Prozent an jüdischen Bürgerinnen und Bürgern; allein Frankfurt – „Stadt der Juden und Demokraten“⁵ – zählte 26.000 „Glaubensjuden“ und stellte damit nach Berlin die zweitgrößte jüdische Gemeinde im deutschen Reich, besaß insgesamt den relativ höchsten jüdischen Bevölkerungsanteil. Festzuhalten bleibt, dass neben den hier erfassten bekennenden „Glaubensjuden“ auch jene Juden Opfer der nationalsozialistischen Rassenpolitik wurden, die inzwischen getauft oder konfessionslos waren. Für Hessen charakteristisch war ein weit verstreutes, bodenständiges Landjudentum. Die hessischen Juden wollten in die Gesellschaft integriert sein, wollten die ihnen als Deutsche auferlegten Pflichten erfüllen. Nichts zeigt dies deutlicher als die Tatsache, dass sich rund 1.000 Juden aus Hessen freiwillig zum Kriegsdienst im Ersten Weltkrieg meldeten, an dem insgesamt etwa 14.000 Juden aus Hessen-Nassau und dem Großherzogtum teilnahmen. Die Integration der Juden sei in Hessen „besonders intensiv“ gewesen, so ist festgestellt worden (Thomas Klein). Aber es war letztlich doch „eine gescheiterte Assimilation“ (Stephan Kolb), eben weil der nationalsozialistische Rassenwahn das endgültig zerstörte.⁶

Wie im übrigen deutschen Reich kam es nach der Machtübernahme Hitlers auch in Hessen zu Übergriffen, boykottierte man, nachdem die Nationalsozialisten schon früh auch in hessischen Städten einzelne jüdische Warenhäuser blockiert hatten, am 1. April 1933 jüdische Geschäfte. Als erste Stadt in Deutschland sperrte Darmstadt bereits am 28. März 1933 die jüdischen Läden für 24 Stunden. Das südlicher gelegene Bensheim, in dem schon in der Republik ein „Versein zur Abwehr des Antisemitismus“ sich gegen antijüdische Ressenti-

ments im Ort zu stemmen versucht hatte, zog am 30. März 1933 nach. Die Nationalsozialisten schlossen hier die jüdischen Geschäfte und ließen etliche Ladeninhaber verhaften. Und am 1. April organisierten die Antisemiten dort wie andernorts auch Protestkundgebungen gegen die – wie es im Aufruf hieß – „Greuel-Propaganda und Boykott-Bewegung des Internationalen Weltjudentums im Ausland“⁷. Allein in Frankfurt wurden im ersten Jahr der Diktatur 536 jüdische Firmen geschlossen. Es folgten Berufsverbote. 1935 wurden Juden in einer zentralen Kartei erfasst. Durch die so genannten „Nürnberger Gesetze“ von 1935 (darunter das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“) erhielt die Diskriminierung eine neue Qualität: Juden war die Ehe mit Deutschen verboten, sie konnten nicht mehr „Reichsbürger“ sein. Sie wurden zu Staatsangehörigen zweiter Klasse degradiert.

Die antijüdischen Aktionen verstärkten sich. Als es 1935 reichsweit zu einer „antisemitischen Terrorwelle“ (Monica Kingreen)⁸ kam, nahm diese in Hessen besonders aggressive Formen an. An einigen kleineren Orten in Hessen erreichten die unmittelbar mit der Macht ergreifung einsetzenden Übergriffe gegen Juden und ihre Einrichtungen über die Jahre hinweg solche Ausmaße, dass die ansässige jüdische Bevölkerung schon lange vor dem November 1938 auswanderte oder zumindest Zuflucht in der Anonymität der Großstädte suchte, wie beispielhaft die Entwicklung in der Gemeinde Gudensberg südlich von Kassel belegt: Von 2.600 Einwohnern 1933 waren 107 als Juden (4 Prozent der Ortsbevölkerung) verzeichnet. Es emigrierten in den ersten zwei Jahren der Diktatur wohl ein Dutzend. Die restlichen zogen innerhalb Deutschlands um, vornehmlich nach Kassel, Frankfurt und auch Hamburg, und wurden wahrscheinlich von dort aus in die Vernichtungslager

deportiert. Die letzten Abmeldungen erfolgten im Mai 1938. Schon vor der „Kristallnacht“ war der Ort „judenfrei“, während in einigen Städten trotz der Emigrationen die Zahl der Juden wegen Zuzugs aus dem ländlichen Raum konstant blieb bzw. nicht erheblich sank. Auch in kleineren und mittleren Städten verließen die Juden ihre Heimat.

Vor allem jüngere Juden kehrten Deutschland, das nur noch Unterdrückung und Diskriminierung für sie bereithielt, den Rücken. Demgegenüber versuchten andere, sich im NS-System einzurichten, zu überleben – eine fatale Entscheidung. Denn im November 1938 sollte die Staatskriminalität gegenüber den Juden den nächsten Höhepunkt erreichen. Die Gewalt mündete in die totale Zerstörung jüdischen Eigentums, begleitet von Misshandlungen jüdischer Mitbewohner.

Auftakt in Nordhessen

Ausgangspunkt für die Pogrome vom November 1938 war das Attentat von Paris. Die Radiomeldung über den Anschlag war der Startschuss für erste Ausschreitungen gegen Juden und jüdische Einrichtungen in Kassel noch am selben Tag. Über diese Aktionen gibt ein Bericht der Kasseler Gestapo detailliert Auskunft:

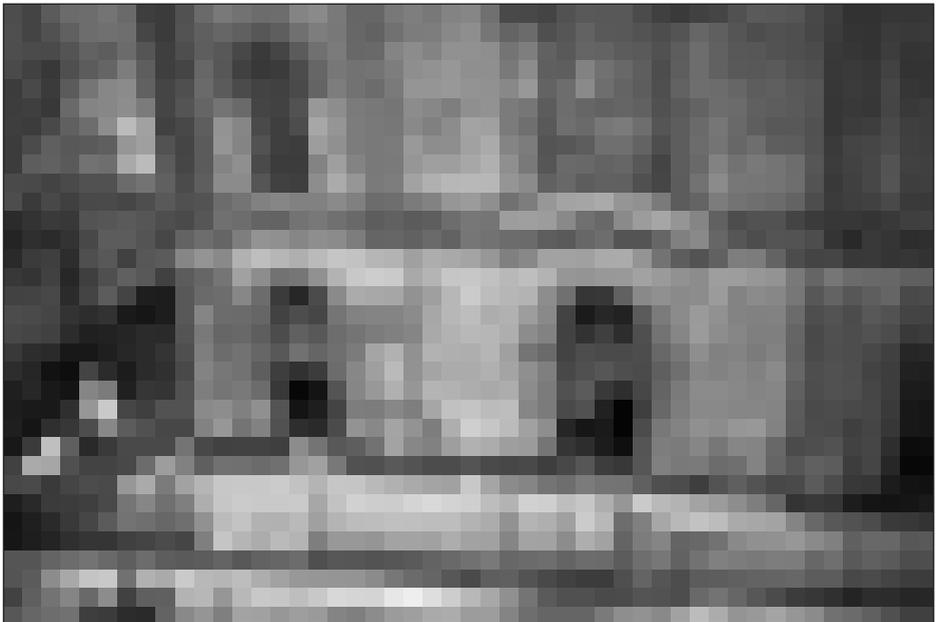
„Am Montag, den 7. November 1938, kam es gegen 21.45 Uhr in Kassel vor dem jüdischen Café Heinemann zu einer größeren Zusammenrottung, wobei die Menge in das Café eindrang und dieses restlos zerstörte. Von dem Café aus begab sich die Menge, die inzwischen auf etwa 1000 Personen angewachsen war, zu der Synagoge, drang in diese ein und verwüstete die gesamte Inneneinrichtung vollständig. Ein großer Teil der zertrümmerten Einrichtung wurde auf die Straße

geworfen und hier angezündet. [...] Nachdem die Polizei an der Synagoge die Ausschreitungen eingedämmt hatte, verzog sich die Menge [...] und demolierte die Schaufenster jüdischer Geschäfte. Die Ausschreitungen hielten um 1 Uhr nachts noch an. An verschiedenen Stellen ist es auch zu Plünderungen gekommen. [...] Unter der Menge zeigten sich auffällig viele Gestalten, die nach ihrem Äußeren und ihrem Verhalten der Bewegung fernstehen, so dass angenommen werden kann, dass staatsfeindliche Elemente an der Aktion maßgeblich beteiligt waren.“⁹

Die knapp 100 Jahre zuvor eingeweihte Hauptsynagoge war verwüstet worden; Thora-Rollen, Kultgegenstände und Mobiliar hatten die Eindringlinge auf die Straße geworfen und angezündet. Der Versuch, die Synagoge in Brand zu setzen, misslang allerdings: Ein im

Innern gelegtes Feuer wurde von der Feuerwehr gelöscht.

Auch das Gemeindezentrum mit dem orthodoxen Gebetshaus wurde heimgesucht; Mobiliar und Akten landeten auf der Straße. Im Umland von Kassel folgten noch in der Nacht Gewaltaktionen, wobei auch Synagogen verwüstet wurden, darunter die in Bebra. Hier waren nach einer NSDAP-Veranstaltung, bei der der Kreisleiter zur Vergeltung für das Attentat von Paris aufgerufen hatte, von den Nationalsozialisten aufgestachelte Horden durch die Straßen gezogen, hatten die Inneneinrichtung der Synagoge und der jüdischen Schule zerstört, Wohnungen und Häuser von Juden verwüstet. Solche Rollkommandos, vornehmlich von der SA, der Bürgerkriegsarmee der Nationalsozialisten, gestellt, suchten dann weitere umliegende Dörfer heim, in denen es jüdische Gemeinden gab. Es kam in



Auftakt der „Kristallnacht“ – Kassels Synagoge am Tag nach der Verwüstung vom 7. November: aufgebrochene Eingangstüren, zersplitterte Scheiben. (Stadtarchiv Kassel, E1 A 0.002.734; Fotograf Carl Eberth)

dieser Nacht auch zu einem ersten Versuch, die Marburger Synagoge in Brand zu setzen. Er schlug jedoch fehl.

Die Kasseler Presse rechtfertigte am Tag danach die „spontanen Kundgebungen“ der Bevölkerung als verständliche Reaktion auf den Anschlag von Paris, als eine „spontane Quittung an das Weltjudentum“.¹⁰ Wie spontan – oder besser: in welchem Maße gesteuert – waren nun diese ersten Ereignisse? An dem zitierten Bericht der Gestapo fällt zum einen die doch einigermaßen dramatisch klingende Sprache auf, zum anderen die Erläuterung am Schluss, dass man nicht so recht wisse, wer eigentlich an der Aktion beteiligt gewesen war. Der Bericht vermittelt das Bild von einer Ahnungslosigkeit der Behörden. Die örtliche Geheimpolizei scheint damit einzugestehen, nicht einschätzen zu können, wer für die Ausschreitungen verantwortlich sei – eigentlich ein Offenbarungseid für eine Behörde wie die Gestapo, die sich doch stets damit rühmte, allumfassend Bescheid zu wissen. Tatsächlich ist davon auszugehen, dass örtliche Gliederungen von NSDAP, SS und SA federführend an der Organisation der Ausschreitungen beteiligt gewesen waren.

Denn Beobachter der Szenerie schilderten später übereinstimmend, dass die in vorderster Front an den ersten Ausschreitungen in Kassel beteiligten Zivilisten auffälligerweise gleiche Stiefel trugen, nämlich die der SS. Es gibt Berichte von Augenzeugen, die eine Beteiligung der Arolser SS ausgemacht haben wollen. Arolsen, ca. 50 km westlich von Kassel, war Dienstsitz des SS-Obergruppenführers Erbprinz Josias von Waldeck, der als Höherer SS- und Polizeiführer und Chef des SS-Abschnitts Fulda-Werra für den Gau Kurhessen und die angrenzenden Bereiche in Nassau zuständig war. Zeugen in Bebra glaubten bei den ersten Ausschreitungen am 7. November, zwei Stunden, nachdem die



Das noch unzerstörte Innere der Synagoge von Bebra vor der Pogromnacht. (Jüdisches Museum Frankfurt a. M., Slg. Arnsberg, Hessen, F87-G118; © Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen)

Aktionen in Kassel begonnen hatten, einen Pkw mit SS-Leuten erkannt zu haben. Gerade die SS von Arolsen sollte später am 10. November Gewalt in die umliegenden Orte und Kleinstädte tragen. Diese ersten Pogrome in Nordhessen vom 7. November fanden wohl mit Wissen, wenn nicht gar auf Initiative des Reichspropagandaministeriums statt und wurden von der NS-Gauleitung in Kassel dirigiert; auch Kasseler Gestapo und SD sowie die örtliche SS und jene aus Arolsen wirkten kräftig mit.

Die Geschehnisse sollten aber – wie später die reichsweite Pogromnacht – als spontane Aktion erscheinen. Dass die regionalen Zeitungen bereits am nächsten Tag so ausführlich über die Gewalttätigkeiten berichteten, dürfte angesichts des straff gelenkten Pressewesens im nationalsozialistischen Deutschland nur mit ausdrücklicher Zustimmung der regionalen Gauleitung – und unter Absicherung beim

Reichspropagandaministerium - gesehen sein.

Am 8. November setzte sich die Gewalt fort, nun eindeutig direkt von Kassel aus gesteuert. Die Stimmung wurde in Hetzartikeln angefacht. Im „Völkischen Beobachter“ hieß es, dass die Schüsse von Paris den Beginn einer neuen deutschen Haltung in der Judenfrage bedeuten würden. Die „Waldeckische Landes-Zeitung“ wurde am Morgen des 8. November ohne Umschweife deutlicher: „Dieses Verbrechen kann für die Juden in Deutschland [...] nicht ohne Folgen bleiben.“¹¹ Nicht minder direkt war die Aufforderung im Parteiorgan des Gaues Kurhessen, das von einem Hersfelder „Judenlummel“ schrieb, der vor Wochen mit baldiger Gegenwehr und Machtübernahme der Juden gedroht habe. So grotesk diese Meldung auch war - sie blieb nicht ohne die wohl intendierten Folgen: Am Abend des 8. November gegen 20.30 Uhr brannte als erste hessische Synagoge die Hersfelder nieder, wurden weitere jüdische Einrichtungen zerstört und Juden in so genannte „Schutzhafte“ genommen. Die Aufwiegelung durch die Presse führte bei Teilen der Bevölkerung zu „größter Empörung“, notierte der Bürgermeister von Kirchhain am 9. November.¹² Und diese „Empörung“ suchte nach einem Ventil, auch in Kirchhain, wo sogleich ein antijüdischer Gewaltzug neben der Synagoge Wohnungen von Juden demolierte.

Die „Fuldaer Zeitung“ meldete am 8. November mit einem beinahe bedauernden Unterton, dass es „in unserer Stadt zu ähnlichen Demonstrationen“ - eben wie in Kassel - „bisher noch nicht gekommen“¹³ sei, obwohl am Tag zuvor die NS-Behörden in Kassel auch die Fuldaer Parteiführung dazu angehalten hatten. Auskunft hierüber gibt die Aussage des seinerzeitigen Kreisleiters und Bürgermeisters von Fulda, Karl Ehser, vor der örtlichen Polizei 1947:

„Bereits am 7. November 1938 erreichte mich ein Anruf von Kassel und zwar [...] zur Nachtzeit [...]. Die Gaupropagandaleitung in Kassel verständigte mich über die Vorgänge, die in Kassel und anderen Orten des Gaugebietes anlässlich der Ermordung des Gesandtschaftsrates vom Rath in Paris sich zugetragen hatten. Im Anschluss daran fragte man mich: ‚Was ist bei Euch los?‘ Ich erwiderte darauf: ‚Hier ist nichts passiert.‘ Ich bekam zur Antwort: ‚Ja, ist Euch nichts bekannt, das kommt doch gar nicht in Frage.‘ Seitens des Sprechers der Gaupropagandaleitung wurde deutlich darauf hingewiesen, dass doch eine Linie sein müsse und dass die antijüdischen Maßnahmen vom Ministerium doch gewünscht werden. [...] Anderen Tags wiederholte sich seitens der Gaupropagandaleitung Kassel der Anruf mit der gleichen Aufforderung, nur mit schärferer Betonung. Ich hatte jedoch weder den ersten noch den zweiten Anruf zum Anlass genommen, irgendwelche Maßnahmen anzuordnen.“¹⁴

Zwar blieb Fulda am 8. November noch weitgehend ruhig, doch in umliegenden Orten wütete bereits die antijüdische Hatz. Die Bischofsstadt folgte dann mit einem Tag Verzögerung am 9. November.

Das am 7. November in Kassel gelegte Feuer entwickelte sich somit zum Flächenbrand, der am nächsten Tag weitere nordhessische Orte erreichte - Wolf-Arno Kropat zählt „zwei Dutzend“ in elf der insgesamt 15 Landkreise des Regierungsbezirks. Jüdische Einrichtungen und vor allem Synagogen waren das zentrale Ziel, auch im Werra-Städtchen Witzenhausen, wo das am 8. November geschändete Gotteshaus tags darauf niederbrannte, wobei der NSDAP-Kreisleiter in seinem Bericht zynisch auch noch den Rabbiner der Brandstiftung bezichtigte. Auch auf dem platten Land wurden schon am 8.



Terror bis in die Kleinstädte: der verwüstete Innenraum der Synagoge im nordhessischen Eschwege
(Stadtarchiv Eschwege)

November vereinzelt kleine Synagogen heimgesucht, wie etwa im Dorf Roth südlich von Marburg, in dem 1933 gerade mal acht jüdische Familien, etwa 30 Seelen, gelebt hatten – eine Zahl, die sich bis 1938 noch erheblich reduziert haben dürfte.

Damit wurde eine neue Stufe des Terrors erreicht. Seit der Machtübernahme der Nationalsozialisten hatte es auch in Hessen immer wieder vereinzelte Übergriffe gegeben, waren jüdische Bürger misshandelt, Synagogen geschändet oder – wie im Frühjahr 1938 in Hanau und Gelnhausen – zugemauert worden. So wurden 1935 in der 600-Seelen-Gemeinde Rhina in der Nähe von Hünfeld Teilnehmer eines Gottesdienstes von einer auswärtigen SA-Horde verprügelt. In Rhina gab es seit 250 Jahren eine jüdische Gemeinde; es war die einzige

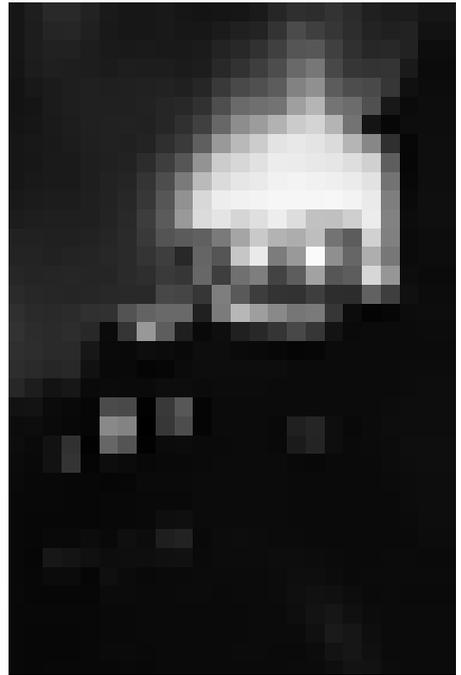
Kommune in Preußen, wo der jüdische Bevölkerungsteil zeitweise überwog. Die Juden stellten in der Weimarer Zeit mit der Hälfte und noch 1933 mit etwa einem Drittel den höchsten prozentualen Anteil an der Einwohnerschaft eines Ortes überhaupt. Rhina wurde wohl gerade wegen seines Symbolcharakters Stätte der Gewalt.

Bei solchen Einzelaktionen hatte es sich also zumeist um Racheakte von Gruppen oder gezielte Aktionen örtlicher Parteigliederungen aus bestimmten Anlässen gehandelt. Im November 1938 ging es aber um nicht weniger als die dauerhafte Zerstörung des jüdischen Lebensbereiches im Deutschen Reich. Das gleichzeitige Vorgehen und die von einer ungewöhnlichen Brutalität gekennzeichneten Ausschreitungen stellten eine neue Dimension der Gewalt dar. Insgesamt erlebte die jüdische Bevölkerung in Kurhessen am 8. November und in der Nacht zum 9. November bereits die Welle der Gewalt, wie sie andernorts erst in der Nacht auf den 10. November, also der eigentlichen „Reichskristallnacht“, über Deutschland hereinbrechen sollte. Hessen lieferte die Schablone, nach der sich dann am 10. November der Pogrom überall im Reich abspielen sollte. Allerdings: Es gab – wie später bei den reichsweiten Exzessen – zunächst keine Anweisung von höheren Stellen, die den örtlichen Polizeibehörden ein Einschreiten gegen die Krawalle untersagt hätte. Im Gegenteil: Es machte sich bei einigen Behörden und selbst innerhalb der NSDAP Unsicherheit breit, wie man sich weiterhin verhalten sollte, bestand doch die Gefahr, dass die Terror-Bewegung gänzlich aus dem Ruder laufen würde. Innerhalb der Führung der nationalsozialistischen Organisationen sowie der politischen Verwaltung dachte man darüber nach, wie die Geister wieder loswerden, die man tags zuvor noch gerufen hatte. So verfügte der Kasseler Regierungspräsident am

8. November, dass die Aktionen gegen die Juden zu stoppen seien. Und es will scheinen, dass Prinz Philipp von Hessen als Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau bei höchsten Parteistellen wegen der Vorfälle intervenierte.

Diese Zwiespältigkeit und Unsicherheit kennzeichnete am 9. November das Bild. Die Kasseler Gauleitung gab am Morgen des 9. November der SA den Befehl, antijüdische Demonstrationen einzustellen. Der Kasseler Polizeipräsident wies die örtlichen Behörden an, „gegen alle Ausschreitungen gegen Juden unter Einsatz polizeilicher Machtmittel nachdrücklichst vorzugehen“.¹⁵ Demgegenüber schürte der bereits zuvor höchst aktive Kasseler Gaupropagandaleiter unter Berufung auf Weisungen aus dem Reichspropagandaministerium weiter eifrig das Feuer und hielt die NS-Kreisleiter ungebrochen zum Einsatz gegen Juden und jüdisches Eigentum an.

Ungeachtet der uneinheitlichen Befehlslage in den übergeordneten Stellen von Verwaltung und Partei verschärfte sich der Terror am 9. November. Hatte man zuvor in erster Linie die Synagogen demoliert oder deren Inneneinrichtungen rausgerissen und verbrannt, wurden nun gezielt Brandanschläge zur Zerstörung der Bethäuser durchgeführt. Die SS verwandte präparierte Sprengsätze, damit das Werk auch gelang. Und man traf Vorkehrungen für die Nacht vom 9. auf den 10. November. So hielten zwei Männer des SD aus Kassel, nach eigenen Angaben auf Order des Propagandaministeriums, bereits am Morgen des 9. November den Marburger SA-Führer an, die Synagoge der Universitätsstadt in Brand zu setzen. Das geschah dann auch gegen Mitternacht, und zwar gleich durch zwei getrennt und zeitlich kurz hintereinander operierende Trupps von Brandschätzern. Die einen wussten offensichtlich nichts von den anderen.



Flammen schlagen aus der 1896/97 erbauten Synagoge in Marburg.

(Stadtverwaltung Marburg; Fotograf Karl Wagner)

Am 9. November bereitete man sich auch in Südhessen für den Abend vor. Im Odenwaldstädtchen Rimbach berief sich der örtliche SA-Führer auf eine Weisung übergeordneter SA-Stellen, die jüdische Schule in Brand zu setzen und die jüdischen Einwohner „zu belästigen“. Das „Belästigen“ mündete in schwerste Verletzungen jüdischer Männer und Frauen. Während in einigen Orten auf Geheiß der vorgesetzten SA-Dienststelle Aktionen unternommen wurden, ergriffen NS-Ortsgruppenleiter die Initiative und mobilisierten ihre Gefolgsleute im Anschluss an die örtlichen Gedenkveranstaltungen an den kläglich gescheiterten Hitler-Putsch von München am 9. November 1923 zu Aktionen. Im osthessischen Gersfeld wurde die Synagoge gegen 23 Uhr heimgesucht,

bevor überhaupt eine Order aus München gekommen war.

Man wird also davon auszugehen haben, dass die Pogrome, die am 7. November in Kassel begannen und die bis zum 9. November bis in den Odenwald ihre Fortsetzung fanden, wenn nicht auf Initiative, so doch unter Zustimmung des Reichspropagandaministeriums erfolgten und die örtlichen NS-Organisationen wie SS, SA und SD diese in unterschiedlicher Intensität organisierten und steuerten. Es kann kein Zweifel bestehen, dass die höchsten Parteistellen bereits früh entschlossen waren, das Attentat zu einer antijüdischen Eruption zu nutzen. Kassel gab das Signal. Die Ereignisse in Kassel und seinem Umland vor der eigentlichen Pogromnacht vom 9. auf den 10. November waren insofern singulär, als offensichtlich eine zentrale Order fehlte und das Ausmaß der Gewalt von der lokalen und regionalen nationalsozialistischen Elite abhing. Die Ouvertüre in Hessen fand in der Nacht zum 10. November ihre systematische Fortsetzung im deutschen Reich.

„... plötzlich klorrte das Glas“ - Die „Reichskristallnacht“

Die zentrale Order kam aus München, wo der nationalsozialistische Einpeitscher Joseph Goebbels in seiner Rede am Abend des 9. November 1938 vor der alten NS-Garde darauf verweisen konnte, dass es in den Gauen Kurhessen und Magdeburg-Anhalt bereits zu jüdenfeindlichen Kundgebungen gekommen war und dass jüdische Geschäfte zertrümmert und Synagogen in Brand gesteckt worden waren. Die antisemitische Hasstirade des Reichspropagandaministers lieferte die höchstamtliehe Unterfütterung der Pogrome und

wurde von den Parteigliederungen draußen im Lande als Weisung verstanden, nun umfassend gegen jüdische Einrichtungen und Mitbürger loszuschlagen. Die in München anwesende hessische Parteilite sandte entsprechende Einsatzbefehle an die Heimatorte, wo diese dann nach unten weitergegeben wurden.

Diese Nacht verlief in Hessen wie im übrigen Reich auch. Auf Anweisung der höheren SA-Führer und NS-Leiter begann eine systematische Zerstörung jüdischen Eigentums: Die Synagogen gingen in Flammen auf. Die SS machte auch am 9./10. November mit, und zwar mit Brutalität vor allem im Limburger Raum und in Starkenburg, ganz besonders in Bensheim. In der nassauischen Hauptstadt Wiesbaden wurde nach Aufforderung seitens der übergeordneten SA-Einheit in Mainz die große, im maurisch-orientalischen Stil erbaute Synagoge am Michelsberg durch Brand völlig zerstört. 1869 war sie eingeweiht worden, u. a. mit einem Konzert im Kurhaussaal im Beisein von Kaiser Wilhelm I. Keine 70 Jahre später lag sie in Schutt und Asche.

Der Befehl an den für die hessendarmstädtische Provinz Starkenburg zuständigen SA-Brigadeführer in Darmstadt, am 10. November des Nachts um 3 Uhr ergangen, ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Der Auftrag: „[...] sämtliche jüdischen Synagogen zu sprengen oder in Brand zu setzen. [...] Die Aktion ist in Zivil auszuführen. Vollzugsmeldung bis 8.30 Uhr [...]“¹⁶ Vollzug wurde dann am 11. November für die Provinz Starkenburg gemeldet: 36 Synagogen waren betroffen, davon zwanzig durch Brand oder Sprengung zerstört, bei den restlichen Innenraum und Inneneinrichtung verwüstet bzw. zertrümmert. Zu ihnen zählten der 1906 fertiggestellte monumentale Zentralbau in Darmstadt und auch die kleine Synagoge in einem Hinterhof in Sprendlingen, wo 1933 noch 174 Juden gelebt hatten. Das Gotteshaus



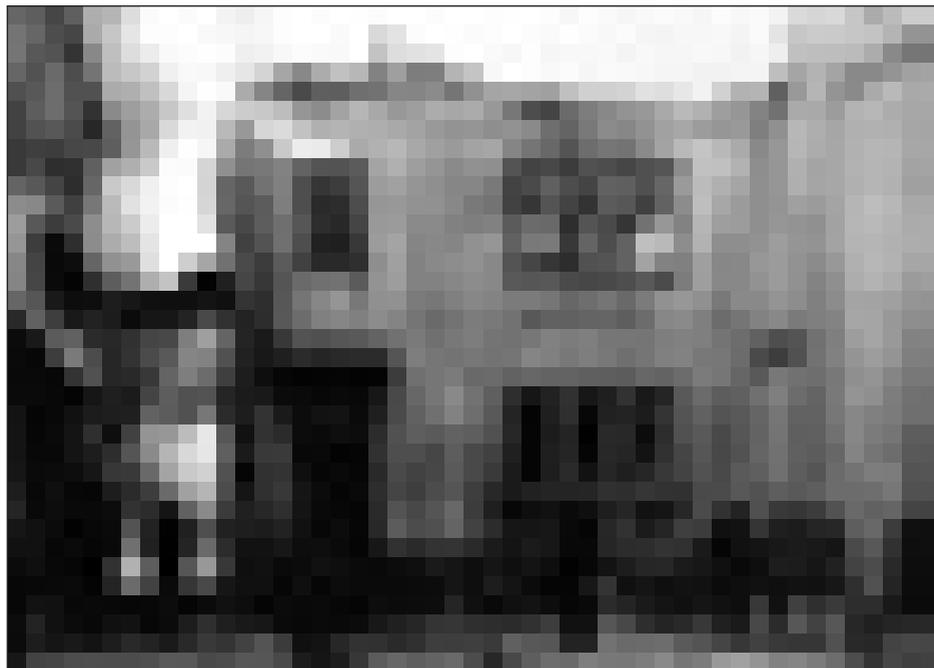
Die brennende Hauptsynagoge in Wiesbaden am Michelsberg. In dem prachtvollen Bau fanden einst bis zu 350 Männer und 220 Frauen Platz.

(Jüdisches Museum Frankfurt a. M., Slg. Arnsberg, Hessen, F87-G074; © Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen)

wurde – auf Order höherer Stellen – von drei Personen in Brand gesetzt, dann gänzlich eingerissen. Die Feuerwehr griff, wie allerhöchst angeordnet, nur ein, wenn benachbarte Häuser drohten in Mitleidenschaft gezogen zu werden. Lapidar heißt es im Tätigkeitsbericht der Offenbacher Feuerwehr für den 10. November: „8.15–11.20 Großfeuer in der Synagoge.“¹⁷ Vorsorglich wurden die Synagogen, in deren direkter Nachbarschaft weitere Gebäude standen, gar nicht erst angezündet, sondern „nur“ gründlich demoliert.

Blicken wir noch einmal nach Fulda. Kreisleiter Ehser in der Erinnerung: „Am Vormittag des 9. November 1938 erhielt ich nochmals von der Gaupropagandaleitung einen Anruf mit dem strikten Befehl, dafür Sorge zu tragen, dass die Synagoge zerstört

würde.“¹⁸ Beauftragt – getan. Und mehr noch. Das Meldebuch der Fuldaer Polizei hält die Einzelheiten fest: Jugendliche zerstören das Inventar der jüdischen Schule; Bücher und Hefte landen auf der Straße. Auf dem 1906 eingeweihten neuen jüdischen Friedhof kommt es zu Beschädigungen, ebenso auf dem alten Friedhof, auf dem seit dem 15. Jahrhundert Juden bestattet worden sind. Fenster von Wohnungen, in denen Juden wohnten, zerbersten: „... plötzlich klirrte das Glas“, erinnert sich eine junge Jüdin aus Fulda an den Abend, als die Fenster der Wohnung eingeworfen wurden.¹⁹ Auch die Fensterscheiben der Synagoge in der Judengasse und die zahlreicher jüdischer Geschäfte werden demoliert. Außerdem wird das Innere der Synagoge, die Platz für 650 Personen bot, verwüstet. In der Nacht findet das Werk der Vernichtung seine Vollendung. Alles ist am Tage für den Brand der Synagoge in der Judengasse vorbereitet worden. Das Mobiliar ist zertrümmert. Es muss nur noch angezündet werden. Aus Gießen kommt nach Mitternacht noch die Nachfrage: „Was ist in Fulda los, allenthalben brennen die Synagogen, wann brennt es bei Ihnen?“²⁰ Gegen 2.00 Uhr des 10. November erfolgt der erste Versuch der Brandschatzung. Die Täter gehen dilettantisch vor; das Feuer brennt zwar einige Zeit, richtet aber nur geringen Schaden an. Erst eine zweite Brandstiftung in den frühen Morgenstunden des 10. November führt zum „Erfolg“. Kreisleiter Ehser sorgt als Bürgermeister dafür, dass die Feuerwehr erst ausrückt, als das Feuer sein Werk vollendet hat: Die 80 Jahre alte Synagoge, Sinnbild blühenden jüdischen Lebens in Fulda, ist niedergebrannt. Thora-Rollen sind wie andere jüdische Kultgegenstände vernichtet. Die „Fuldaer Zeitung“ triumphiert am nächsten Tag: „Fuldaer Synagoge in Flammen – Antijüdische Demonstrationen als Antwort auf den Pariser Meuchelmord“.²¹



Die Hanauer Synagoge brennt am 10. November nieder - und die Feuerwehr schaut tatenlos zu. Sie soll lediglich ein Überschlagen der Flammen auf Nachbargebäude verhindern. An der Mauer steht schon: „verkäuflich“.

(Medienzentrum/Bildarchiv Hanau; Fotograf Franz Weber)

Der Sturm auf die Synagogen wütete flächendeckend. Für Marburg meldete der Oberstaatsanwalt am 10. November dem Reichsjustizministerium:

„Am 10.11.38 gegen 6 Uhr vormittags erhielt die Ortspolizeibehörde in Marburg [...] die Mitteilung, dass [...] in der Synagoge [...] ein Brand ausgebrochen sei. Die daraufhin alarmierte Feuerwehr trat sofort in Tätigkeit, musste sich jedoch im Wesentlichen auf den Schutz der Nachbarhäuser beschränken, da die Synagoge selbst nicht mehr zu retten war. Der Dachstuhl der Synagoge und das Innere der Synagoge ist abgebrannt, die Grundmauern und die steinerne Kuppel stehen noch. Es besteht Einsturzgefahr, sodass mit der Niederlegung der Kuppel aus brand-

und sicherheitspolizeilichen Gründen gerechnet werden muss.“²²

Die Reste der skelettierten Synagoge wurden noch am gleichen Abend hastig gänzlich gesprengt.

Nach Tagesanbruch folgte dann allerorten unter Führung der Kreisleiter und Ortsgruppenleiter die Zerstörung jüdischer Geschäfte und Wohnungen. Das verlief uneinheitlich. Während einige Ortsgruppenleiter aufriefen, „in jüdischen Wohnungen alles kurz und klein zu schlagen und die jüdischen Bewohner halbtot zu prügeln“²³, verweigerten sich andere wie jener von Klein-Auheim im Kreis Offenbach solcher Aufforderung, ließen sogar zuverlässige Leute in den Orten patrouillieren, die Brandstiftungen verhindern sollten. Das ging allerdings

nur so lange gut, bis SA-Trupps auf der Suche nach unzerstörtem jüdischem Eigentum selbst Hand anlegten, um das Werk der Zerstörung zu vollführen. Mancher Landrat oder Bürgermeister erblickte in der sich ausbreitenden Judenhatz eine Störung der öffentlichen Ordnung, die sie zu unterbinden gedachten. Aber gegen die örtlichen Parteiorganisationen waren sie hilflos. Bürgermeister kleinerer Orte wiederum ließen die Gewalt sich austoben, ordneten gar die Ausschaltung der abendlichen Straßenbeleuchtung an, damit die zumeist ortsbekannteren Randalierer sich unerkannt im Dunkeln bewegen konnten.

Die Brutalität schwankte von Ort zu Ort. Sie soll in Frankfurt, wo vier Synagogen heimgesucht wurden und dabei die große Hauptsynagoge am Börneplatz vollständig ausbrannte, besonders ausgeprägt gewesen sein, vielleicht auch, weil Opfer und Täter der Pariser Bluttat in Beziehung zu dieser Stadt standen: Der ermordete vom Rath stammte von dort und der Attentäter Grynszpan war kurzzeitig Schüler einer Rabbinischen Frankfurter Lehranstalt gewesen.

Obwohl bereits am Morgen des 10. November von Berlin aus das Ende der Pogrome befohlen worden war und Goebbels am Nachmittag über den Rundfunk aufrief, von weiteren Aktionen gegen die Juden abzusehen, setzten sich die Ausschreitungen am 10. November jenseits der Großstädte in den hessischen Kleinstädten und Dörfern noch fort, denn dort konnte man erst am Abend des 10. November das nachholen, was andernorts bereits geschehen war, weil man erst an diesem Donnerstag seine Schläger-Trupps hatte mobilisieren können. Und mancher lokale Führer ignorierte schlicht das von oben verordnete Ende und deutete die Goebbelsche Radio-Ansprache als Ermutigung zum Weitermachen. So wurde die „Nacht vom 10. auf den 11. November in Hessen

zur eigentlichen Pogromnacht“ (Wolf-Arno Kropat)²⁴. Angestachelte Horden zogen durch die Straßen und setzten den Gewaltzug der letzten Tage fort. Aus Zuschauern wurden Mittäter.

Mitgemacht, zugeschaut, abgewendet

Das alles geschah – auch in Hessen – unter den Augen der Einwohner, von denen einige fassungslos, andere getrieben von Neugier oder von Sensationslust den Ereignissen beiwohnten. In den größeren Städten wie Frankfurt und Wiesbaden wurde versucht, Menschenmengen zu mobilisieren, um einen umfassenden Volkszorn zu inszenieren. Dazu wurden die NS-Untergruppen angehalten, ihre Mitglieder zu instruieren, die Rolle des gemeinen Volkes zu spielen. Provokateure suchten den Mob zu Taten aufzustacheln. Den nationalsozialistischen Krawallmachern schloss sich der spontane Mitläufer an. Nicht wenige der Zuschauer ließen sich im allgemeinen Sog zum Mitmachen hineinreißen. Es ist überliefert, dass Scharen von Einwohnern sich an dem Verwüstungszug beteiligten; ein Großteil wohnte als Betrachter dem grauenvollen Schauspiel bei oder begaffte die Resultate des Zerstörungswahns. Ganze Schulklassen wurden zum Mitmachen beordert.

In kleineren Orten waren es NS-Funktionäre, die für die lokalen Geschehnisse verantwortlich waren, sofern nicht – wie etwa in Bad Schwalbach – auswärtige marodierende Rollkommandos das Ganze an sich rissen. Die Initiative ging in der überwiegenden Mehrheit von der NS-Ortsgruppenleitung oder von SA- und SS-Trupps aus, dem sich der Normalbürger in Zivil anschloss, der zum aktiven Mittäter wurde. Das

geschah gerade in den kleineren Kommunen, wo ein jeder jeden kannte und keiner dem Verdacht ausgesetzt sein wollte, nicht zur Hitler-Bewegung zu zählen. Mancher, der nicht zu den Parteigängern der NSDAP gehörte, fühlte sich zum Mittun aufgerufen, um es endlich seinem ungeliebten jüdischen Nachbarn zu zeigen. Der jüdische Viehhändler aus Abterode, einem 1000-Seelen-Dorf am Hohen Meissner, wurde durch den Ort gehetzt, malträtirt und unter anderem von einer Frau, die dereinst gegen ihn einen Prozess verloren hatte, mit den Worten geschlagen: „Das ist für damals.“²⁵ Ein als vollkommen unpolitisch geschilderter 17-jähriger Hilfsarbeiter im Oberhessischen wurde durch den Massenauflauf am Tag des

10. November mobilisiert und wohl auch infiziert, denn als vom Ortsgruppenleiter die Parole ausging, in das Haus eines Juden einzudringen, war es der Jugendliche, der in einem Rausch mit einem Knüppel auf den Hausbewohner eindrosch. Am 8. November 1938 starb in Felsberg, wo zu diesem Zeitpunkt noch 18 Juden lebten, der schwerkranke Robert Weinstein, den man aus dem Bett gezerrt und durch die Straßen getrieben hatte, an Herzschlag. Er war wohl das erste – aber nicht das einzige – Todesopfer des Pogroms in Hessen.

Es kam zu Misshandlungen von Juden. Der Pöbelantisemitismus brach sich Bahn, erreichte in Ausmaß und Wucht eine bis dahin ungekannte Intensität. Mit diesen Gewaltorgien wurde das



Unter Zuschauern: Am Morgen des 10. November qualmt es noch aus der niedergebrannten Darmstädter Synagoge der orthodoxen Gemeinde.

(Jüdisches Museum Frankfurt a. M., Slg. Arnsberg, Hessen, F87-G049; © Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen)



Mitgejoht oder verabscheut? Neugierige begaffen vor dem jüdischen Gemeindezentrum in Kassel die Aufräumarbeiten am Tag nach den ersten Schändungen. (Stadtarchiv Kassel, E1 A 0.001.806; Fotograf Carl Eberth)

Ganze zu einem Ritual öffentlicher Demütigung. Unterschwellige Hass- und Neidgefühle entluden sich in wüsten Aktionen gegen die Juden. Der tief verwurzelte Antisemitismus konnte sich entladen. Es öffnete sich das Ventil zu einer Zerstörungswut. Man plünderte auch kräftig jüdisches Eigentum. Es spielten sich schreckliche Szenen ab. So wurden Patienten einer jüdischen Erholungsanstalt im Kurort Bad Soden in Bademänteln und Schlafanzügen aus der Anstalt hinausgetrieben, ehe man das Haus anzündete. Nur wenige stellten sich der kollektiven Raserei entgegen. So soll sich ein SA-Sturmbannführer in einer Stadt im Waldeckschen geweigert haben, den Befehl zur Zerstörung jüdischen Eigentums auszuführen, was aber letztlich Übergriffe auf jüdische Geschäfte nicht verhinderte. Am Tag danach schlagzeilte die „Waldeckische Landes-Zeitung“ ganz linientreu: „Spontane Volkskundgebungen

gegen die Pariser Bluttat.“²⁶ Eine Frankfurter Zeitung schrieb: „Das Volk gab Alljuda die Antwort.“²⁷ Ganz im Sinne der von oben verordneten Sprachregelung wurde den geplanten Ausschreitungen der Anstrich der Spontaneität verliehen. Wenn die hessische wie die gesamte gleichgeschaltete Presse vom verständlichen Volkszorn oder von der erregten Menge schrieb, die am Werk gewesen sei, so verschleierte das nur, dass die Initiative in der überwiegenden Mehrzahl von den örtlichen NS-Organisationen ausging, Rollkommandos der SA oder der Partei des Ortes oder von auswärts die Ausschreitungen inszenierten, an denen sich aber dann auch die örtliche Bevölkerung beteiligte. Dabei gab es jedoch auch Beobachter, die Sympathie für die bedrängten Juden empfanden, denen es beim Anblick der Hetzjagd voll Scham

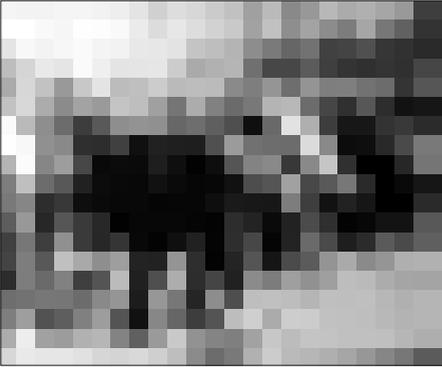
schauderte. Das Bild der plündernden und grölenden Horden stieß selbst bei nationalkonservativ gesinnten, vielleicht sogar antisemitisch eingestellten Personen auf Ablehnung, war das doch eine Form, die ihnen zuwider war. Generell wird aber festzuhalten sein, dass irgendwelche Gegenaktionen oder eine Beunruhigung unter der nicht-jüdischen Bevölkerung in Hessen nicht zu verzeichnen waren, da man sich in der Mehrheit von den Maßnahmen gegenüber den Juden nicht betroffen fühlte.

In der Tat waren auch in Hessen die Reaktionen zwiespältig, reichten von tiefer Abscheu über gedrücktes Schweigen bis hin zur Identifikation mit den Exzessen oder gar der aktiven Teilnahme, und zwar in Form der Zustimmung durch Gejohle und Geschrei bis hin zum Mitmachen. Auch in Hessen wirkten Teile der Bevölkerung mit, und es war nicht nur ein undefinierbarer Mob oder der braune Pöbel. Auch Vertreter des Kleinbürgertums und des Bürgertums fühlten sich zum Mittun aufgerufen. Quer durch alle Bevölkerungsschichten beteiligte man sich am organisierten Vandalismus, aufgehetzt durch die nationalsozialistische Propaganda, mit einem zum Teil hohen Maß an krimineller Eigenenergie.

Es blieb nicht bei brennenden Synagogen und zertrümmerten jüdischen Geschäften. Die „Fuldaer Zeitung“ jubilierte: „Die frechgewordenen Juden sind verhaftet!“²⁸ Sie wurden nicht nur verhaftet, sondern auch verschleppt. Bei der von der Gestapo in Berlin angeordneten Inhaftierungswelle sollten im Reich bis zu 30.000 Juden festgesetzt werden. In Kassel wurden bereits am 10. November 258 jüdische Männer in das Konzentrationslager Buchenwald (Thüringen) deportiert, darunter Willy Katz, Lehrer an der jüdischen Staatsschule und Kantor der Haupt-

synagoge in Kassel. Er kam, weil er als Frontkämpfer des Ersten Weltkrieges ausgezeichnet worden war, bald wieder frei. Ihm gelang schließlich die Emigration nach Australien. Insgesamt verschleppten die Nationalsozialisten tausende hessischer Juden in die Konzentrationslager. Das für Hessen zuständige KZ Buchenwald verzeichnete für die ersten Tage nach den Pogromen exakt 9.845 eingelieferte jüdische Häftlinge, freilich nicht allein aus Hessen. Etwa 200 von ihnen fanden nach Angaben der Lagerleitung den Tod, darunter der aus Marburg stammende 58-jährige Gerson Isenberg.

Nach Buchenwald verbrachte man mehr als 2.600 Frankfurter Juden, 534 kamen in das Konzentrationslager im bayerischen Dachau. Bei den Verhaftungen und Heimsuchungen quer durch Hessen kam es zu weiteren Demütigungen und Misshandlungen der jüdischen Bevölkerung, mitunter zu sadistischen Auswüchsen bis hin zu Sittlichkeitsverbrechen. In einem Odenwald-Städtchen wurden verhaftete Juden nacheinander zum Schein „exekutiert“: Man verband ihnen die Augen, gab das Kommando zum Erschießen, feuerte Platzpatronen ab und ergötzte sich an den Todesängsten der Opfer. Manche Täter solch perfider Gewaltspiele wurden von Parteischiedsgerichten zwar disziplinarisch „bestraft“, aber die Strafe bestand lediglich in einem vorübergehenden Verbot des Ausübens von Parteiämtern – mehr aber auch nicht. Und auch die staatlichen Behörden konnten und durften keine Erfolge in der Strafverfolgung vermelden: „Die Ermittlungen nach den Tätern blieben negativ“, hieß es zu meist lakonisch. Die Verfahren endeten ohne Ergebnis: „Einstellung. Täter nicht ermittelt“, schloss der Marburger Oberstaatsanwalt im Januar 1940 die Akte über den Synagogenbrand.²⁹



Nach der Pogromnacht festgenommene Juden müssen vor Schaulustigen in Groß-Gerau Turnübungen machen, bevor sie in das KZ Buchenwald verbracht werden.

(Jüdisches Museum Frankfurt a. M., Slg. Arnsberg, Hessen, F87-G299; © Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen)

Sühne, Vergessen und Erinnerung

Nach Kriegsende 1945 wurde die Akte jedoch wieder geöffnet. Doch nur in einigen hessischen Städten wurden diejenigen vor Gericht gestellt, die für den Pogrom und die Zerstörung der Synagogen verantwortlich gewesen waren. In Hessen wurden etwa 223 Prozesse geführt, gegen insgesamt 1.547 Personen, von denen 711 zu Freiheitsstrafen verurteilt, 555 freigesprochen wurden. Die anderen Verfahren wurden eingestellt. Den staatlichen Behörden wie Landräten, Bürgermeistern oder Polizeibeamten, die an den von den Gerichten nach 1945 als ungesetzlich bezeichneten Verhaftungsaktionen im November 1938 beteiligt gewesen waren, wurde wohlwollend attestiert, dass sie die Unrechtmäßigkeit ihres Handelns nicht hätten erkennen können und dass die Inhaftierung als eine juristisch abgesicherte Schutzhaft der Betroffenen gesehen werden konnte – Ergebnis:

in der überwiegenden Mehrzahl Freispruch für die Staatsdiener.

In diesen ersten Verfahren nach dem Krieg war das Bemühen erkennbar, die Schuldigen einer gerechten Strafe zuzuführen und die ganze Dimension der Gewalt vom November 1938 als Verbrechen gegen die Menschlichkeit sichtbar zu machen. So stellte das Oberlandesgericht Frankfurt in einem Urteil fest, das Ansehen Deutschlands als Kulturnation habe in der Welt durch die Novemberexzesse stark gelitten. Ähnlich hieß es in einem Urteil des Landgerichts Gießen: „Die Gewalttaten gegen die Juden [...] haben auf das Ausland derart abscheuerregend gewirkt, dass Deutschland bei allen gesitteten Völkern das Gesicht verloren hat.“³⁰ Das Landgericht in Hanau hob in einem Urteil hervor, dass die NS-Täter das „Ansehen Deutschlands in der Welt geschändet und dazu beigetragen haben, dass die Völker uns verachten lernten“. Unterschwellig – und sicher ungewollt – deutet sich in diesen Zeilen an, die Schuld allein den Parteimitgliedern anzulasten, sie von der übrigen Bevölkerung zu trennen, quasi zu Außenseitern der Gesellschaft zu stempeln, was so freilich nicht stimmte. Das NS-Mitglied war nicht der Außenseiter, sondern es war der gute Querschnitt der deutschen Gesellschaft. Der „gemeine Deutsche“, gleich ob er das braune Parteibuch besaß oder nicht, machte in der „Reichskristallnacht“ mit. So geht es auch an den Tatsachen vorbei, wenn das Landgericht Wiesbaden 1946 in einem Urteil zu erkennen meinte: „Das deutsche Volk verabscheute die Ausschreitungen gegen die Juden am 10. November 1938 fast ausnahmslos. Wenn auch die Masse des Volkes sich nicht offen dagegen aussprach, sondern sich wegen der allgemeinen Zwangslage passiv verhielt, so gab es doch Staatsbürger, die offen die Ausschreitungen [...] als Schmach [...] für den deutschen Namen vor der Geschichte brandmarkten. Nur ein geringer Teil

von Staatsbürgern fand sich bereit, als Werkzeug der Partei ihrem Willen gemäß zu handeln.“ Ein solches Bild vom untätigen „Volk“ – geradezu ein Widerspruch zu dem von den Nationalsozialisten 1938 unmittelbar nach den Gewaltorgien gemalten Bild vom spontanen „Volkszorn“ – war Verschleierung, ganz und gar nicht zur notwendigen kritischen Aufarbeitung der Verfolgung der Juden geeignet. Das passte in eine Gesellschaft, die das Unvorstellbare, die nationalsozialistische Diktatur, verdrängen wollte; je mehr man sich vom Jahr 1945 entfernte, um so mehr verstärkte sich die Tendenz, den Mantel des Schweigens über die Geschichte zu hüllen. Schließlich erlahmte der Eifer, Verbrechen im Zusammenhang mit der „Kristallnacht“ vor Gericht zu bringen. Jedoch: Mit dem Ende des Nationalsozialismus war der Antisemitismus nicht untergegangen. Er lebte fort, so dass der für die Entnazifizierung zuständige hessische Minister für die politische Befreiung sich im Januar 1948 veranlasst sah, in einer landesweiten Kampagne auf Plakaten mit der Schlagzeile zu mahnen: „Antisemitismus ist Dummheit und Barbarei“. Zwar würde dies die Mehrheit der Deutschen einsehen, aber: „Es gibt aber immer noch Barbaren unter uns, die sich vom Rassenwahnsinn Hitlers nicht befreien können. Ich erhalte immer wieder Berichte über Beleidigungen, Beschimpfungen und Anpöbeleien jüdischer Mitbürger durch Deutsche. Sogar Schändungen jüdischer Heiligtümer und Friedhöfe sind wieder vorgekommen.“³¹ Demokratische Umerziehung und Entnazifizierung hatten wohl nur begrenzt Früchte getragen.

Die mit den Prozessen verknüpfte Erwartung auf eine Aufarbeitung und Aufklärung über die Verbrechen im November 1938 ging nicht in Erfüllung. Unzureichende Ermittlungen und eilige Einstellung der Verfahren, milde Urteile und zweifelhafte Frei-

sprüche waren an der Tagesordnung. Die junge Bundesrepublik auf dem Weg ins Wirtschaftswunder wollte nicht mehr an die dunklen Seiten der deutschen Geschichte erinnert, nicht mehr mit den Tagen des Novembers 1938 konfrontiert werden. Der Auschwitz-Prozess von 1963 in Frankfurt sorgte dann für einen Schub in der Aufarbeitung der schrecklichen Ereignisse vom November 1938, dessen 50. Jahrestag zu einer weiteren flächen-deckenden Erforschung vor Ort führte. Inzwischen ist die Leidensgeschichte der Juden in der NS-Zeit, insbesondere auch die „Kristallnacht“, lokal breit aufgearbeitet worden. Und die Erinnerung wird durch Gedenkfeiern am 9. November wach gehalten. Zahlreiche ehemalige Synagogen sind in Hessen zu Orten des Erinnerns und zu Gedenk- und Begegnungsstätten geworden.

Der November 1938 - ein Fanal der Barbarei

Die Pogrome von 1938 waren ein inszeniertes Schauspiel der Erniedrigung und der Demütigung der jüdischen Bevölkerung und Signal für die Verschärfung der antijüdischen Politik. Waren die Juden zuvor diskriminiert worden, wurden sie nun systematisch verfolgt. Es besaß tiefen Symbolcharakter, dass die Synagogen, Wahrzeichen jahrhundertelanger jüdischer Tradition, zerstört wurden. Die Schäden an den Gotteshäusern waren für die Nationalsozialisten willkommenen Anlass, diese Stätten des jüdischen Glaubens für immer aus dem Stadtbild zu verbannen. So war nach der Demolierung am 7. November der Eingang der großen Synagoge Kassels verbarrikadiert worden. Wenige Tage später wurde der „Schandfleck“, wie es in einer Kasseler Zeitung hieß³², abgerissen, dem Erdboden gleichgemacht, dann darauf ein Parkplatz errichtet. Die Brandruinen fast aller größeren

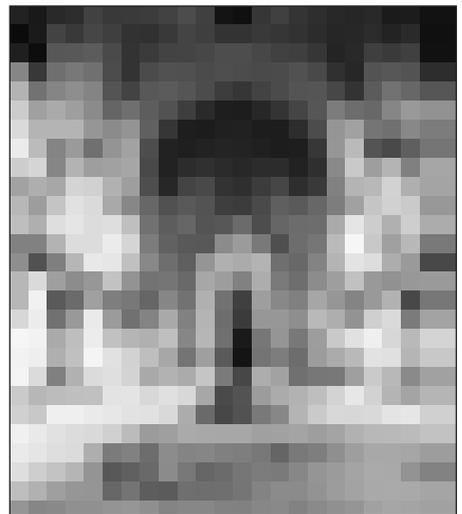
Synagogen fielen der Spitzhacke zum Opfer. Geschändete Friedhöfe, wie in Fulda, wurden umgewandelt, Grabsteine und anderes Mauerwerk zertrümmert oder anderweitig verbaut. Und für die Beseitigung des in den Pogromnächten angerichteten Schadens mussten die jüdischen Gemeinden auch noch selbst aufkommen. Eine schon am 12. November erlassene Verordnung legte fest, dass jüdische Gewerbetreibende alle Schäden, „welche durch die Empörung des Volkes über die Hetze des internationalen Judentums gegen das nationalsozialistische Deutschland“³³ entstanden seien, sofort auf eigene Kosten zu beseitigen hätten. Die geräumten Grundstücke wurden zumeist von der Gemeinde gekauft, die das Geld aber nicht an die jüdischen Alteiligentümer ausbezahlt, sondern einfach zur Deckung der Kosten für den Abriss und die Trümmerbeseitigung einbehielt. So geschah nicht nur in Spremlingen. Das war ein neuerlicher Gipfel der Verhöhnung, aber nur der Auftakt der weiteren Entrechtung. Und die Täter wurden belobigt: „Dank Ihrer Hilfe konnte die Judenfrage in Wetzlar reibungslos gelöst werden“, dankte man einer SA-Standarte für ihren „Einsatz“ in den Tagen des November.³⁴

Mit dem November-Pogrom läutete der Unrechtsstaat einen neuen Abschnitt seiner Rassenpolitik ein, der die systematische Ausbeutung und Ausschaltung der Juden aus allen Lebensbereichen zum Ziel hatte: Die Juden wurden drangsaliert, stigmatisiert und entrechtet. Die unmittelbar folgenden Verordnungen – wie das bereits am 12. November ergangene Verbot der Führung von Geschäften und Handwerksbetrieben durch Juden – bedeuteten weitgehend das Ende des Judentums auf dem flachen Land. Diejenigen, die sich nicht mehr zur Emigration entschließen konnten oder denen die Mittel dazu fehlten, das Land der Willkür zu verlassen,

hofften Unterschlupf in den Großstädten zu finden.

Schon in den Tagen des November suchte eine Vielzahl von Juden aus kleineren Städten unmittelbar Zuflucht bei Freunden und jüdischen Organisationen in den Großstädten: „Die in Bebra ansässigen Juden verließen zum größten Teil Bebra“, meldete der Bürgermeister der Stadt, die schon am 7. November Schauplatz der Hetzjagd gewesen war. Und er prophezeite: „Es ist damit zu rechnen, dass [...] Bebra in nicht allzu langer Zeit hundertprozentig judenfrei sein wird.“³⁵

Der Brand der Synagogen löste eine letzte große Emigrationswelle aus. Etwa 70.000 hessische Juden kehrten bis 1939 ihrer Heimat den Rücken. Doch das Netz der Häscher wurde nach der Pogromnacht enghemmer. 1939 wurde der Mieterschutz für Juden aufgehoben, wurden sie in spezielle „Judenhäuser“ gepfercht. Jüdische Schulen wurden geschlossen, Juden von Lebensmittelzuteilungen



Kassels Synagoge zum Abriss vorbereitet: Gestühl und Kronleuchter sind bereits abgehängt.

(Stadtmuseum Kassel; Fotograf Georg-Heinrich Worch)

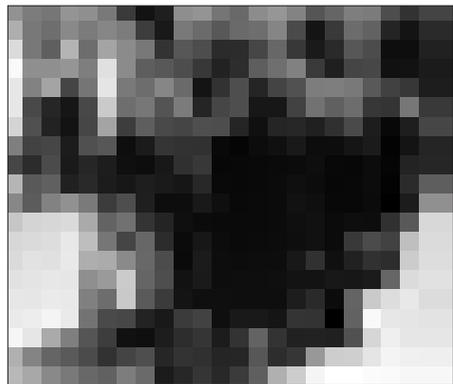
ausgenommen, ihnen Kleiderkarten vorenthalten. Die Ghettoisierung und die im September 1941 verhängte Kennzeichnung mit dem gelben David-Stern auf der linken Brustseite waren die nächsten Schritte des jüdischen Leidensweges im nationalsozialistischen Deutschland, an dessen Ende die Deportation in die Vernichtungslager, die Tötungsmaschinerie stand.

Die Ereignisse um die „Reichskristallnacht“ stellen zweifelsohne einen Tiefpunkt in der deutschen Geschichte dar, die in ihrer Bedeutung nicht hoch genug veranschlagt werden können. Eine jüdische Überlebende aus Frankfurt macht die ganze Dimension der Unmenschlichkeit fest, wenn sie später schreibt, die „Reichskristallnacht“ sei einer „der schwärzesten Tage in der an Tragödien reichen Geschichte der Juden“ gewesen.³⁶ Das war es in der Tat. Ein Frankfurter hielt schon zu Jahresbeginn 1943 in einem Privatbrief fest, dass das, was an den Juden und den anderen Völkern im Osten verübt werde, den „deutschen Namen mit einer Schmach“ bedecke, „die die Jahrtausende nicht abwaschen werden“.³⁷

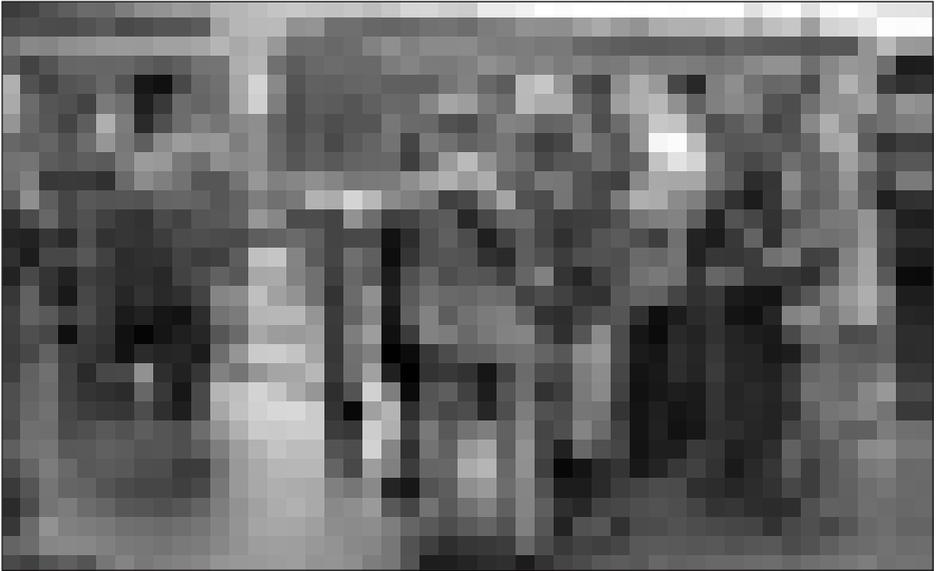
Die November-Pogrome von 1938 markierten eine zentrale Etappe des Weges in die Unmenschlichkeit. Die Errungenschaften der Aufklärung und der Emanzipation wurden endgültig zertrümmert, der Gedanke des Rechtsstaates mit Füßen getreten und die Idee der Freiheit vollends über Bord geworfen. Eine Nation, die sich dereinst dem Humanismus und der Idee des freien Rechtsstaates verpflichtet gefühlt hatte, war nun für alle sichtbar ganz und gar der Unmenschlichkeit und Willkür anheim gefallen. Waren Judenverfolgungen bis zum Ende des Mittelalters – und teilweise auch noch darüber hinaus – zumeist unkontrollierte Auswüchse von Volkshaufen gewesen, die weithin spontan ihrer Wut freien Lauf gelassen hatten, so waren die Tage im November 1938 sorgfältig organisiert, geplant durch staatliche und NS-Behörden.

Es war ein „Rückfall in die Barbarei“ (Wolfgang Benz)³⁸. Die Ouvertüre zu diesem Drama hatte in (Nord-)Hessen stattgefunden.

Vom November 1938 war es nur ein kurzer Weg bis zur Shoah, dem millionenfachen systematischen Mord an den Juden, dem Endpunkt der Aussonderung der jüdischen Minderheit, Signum für das unvorstellbar Furchtbare der nationalsozialistischen Terrorherrschaft. Die noch in Hessen lebenden Juden – etwa 15.000 – wurden ab 1941 fast ausnahmslos in den Osten abtransportiert: nach Lublin, Lodz, Minsk, Riga oder Theresienstadt und dann weiter in die Vernichtungslager. Von Frankfurt ging der erste Deportationszug mit über 1.100 Personen am 20. Oktober 1941 ab. Es sollte eine ganze Reihe weiterer folgen. Der erste Zug aus Kassel am 9. Dezember 1941 verbrachte 1.034 Juden aus dem nordhessischen Raum nach Riga, unter ihnen 475 Juden aus Kassel – auch 135 aus Fulda, darunter als jüngste Hanna Hess, nicht mal drei Monate alt, ein Säugling, kaum auf der Welt, dem Tod geweiht. Unter den ersten Deportierten aus Fulda befanden



Bange Blicke vor dem Hauptbahnhof Hanau am 30. Mai 1942: Juden aus Hanau und Umgebung vor der Deportation über Kassel nach Lublin. (Medienzentrum/Bildarchiv Hanau; Fotograf Franz Weber)



1. September 1942, Viehverladestelle am Hauptbahnhof Wiesbaden: Juden werden nach Frankfurt verbracht. Von dort geht es im Sammeltransport weiter nach Theresienstadt.

(Stadtarchiv Wiesbaden, Slg. Rudolph)

sich 31 im Alter von unter 16 Jahren, alles penibel aufgezeichnet durch die Häscher des Todes. 36 Fuldaer Juden wurden Anfang Juni 1942 in Richtung Lublin deportiert, kamen wohl sogleich nach Selektion dort direkt ins Vernichtungslager Sobibor. Weitere 73 verschleppte man im September 1942 nach Theresienstadt, wie zuvor auch über einen Sammeltransport von Kassel aus, darunter viele ältere, zum Teil kränkliche Personen. Im letzten Transport war Fanny Adler mit fast 87 Jahren die Älteste. Es war der Weg in den Tod. Am 7. September 1942 wurden 755 Juden aus dem Kasseler Regierungsbezirk nach Theresienstadt deportiert, darunter hunderte von Bewohnern Kasseler Altersheime. Zu den wenigen Überlebenden dieses letzten Transports von Kassel aus gehörte die 73-jährige Sara Nußbaum, später Ehrenbürgerin der Stadt.

Das Schicksal der Deportation vor Augen, setzten zahlreiche Juden in schie-

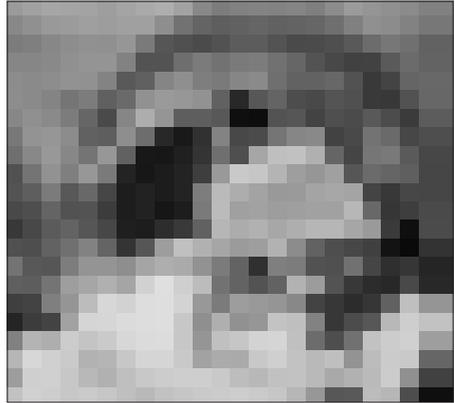
rer Verzweiflung vor dem Abtransport ihrem Leben ein Ende. Mehr als 700 Frankfurter Juden stürzten sich vor der Verbringung in die Gaskammer selbst in den Tod. Das über 70-jährige Ehepaar Feldstein aus der Kasseler Ruhlstraße nahm sich wenige Tage vor dem Abtransport das Leben. Allein im August 1942 begingen in Wiesbaden 40 jüdische Bürger Selbstmord. In Wiesbaden startete im Februar 1945 der letzte Zug mit so genannten „Halbjuden“ und von Juden, die „in Mischehen“ lebten, in Richtung Osten. Mitte März 1945, zwei Wochen vor der Befreiung durch die Amerikaner, fuhr der letzte Frankfurter Transport nach Theresienstadt - mit fünf Personen. Insgesamt waren mehr als 10.000 Juden aus und über Frankfurt deportiert worden.

Nur ganz wenige Juden überlebten die Hölle der Konzentrationslager, nur ganz wenige (etwa 600) überlebten auf dem Gebiet des späteren Bundeslandes Hessen die national-

sozialistische Vernichtungspolitik. Die Juden, die kurz nach dem Krieg in ihre einstigen Wohnorte zurückkehrten, wanderten in der Mehrzahl bald nach Palästina aus.

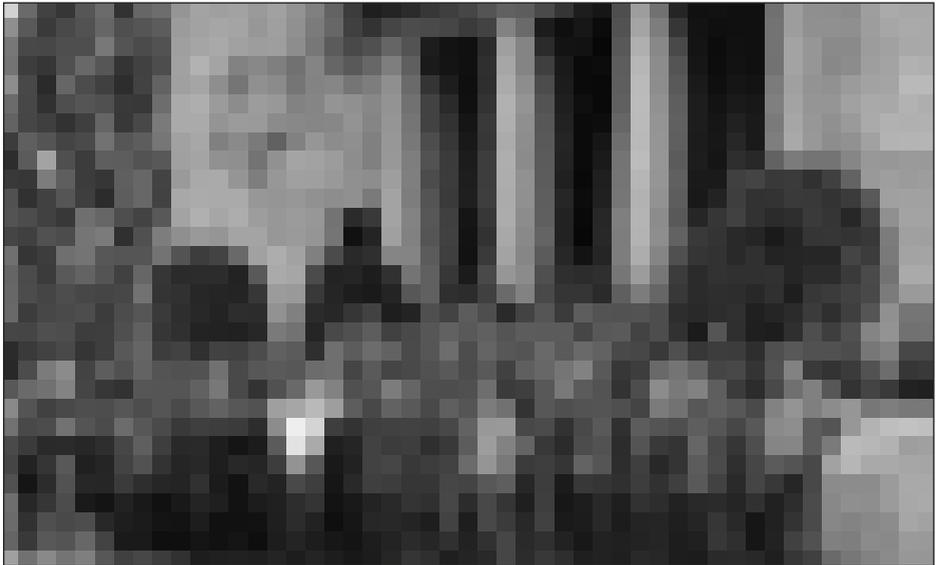
So zeigt das Foto von der Einweihung der Synagoge in Bad Nauheim vom 27. April 1945 neben dem Feldrabbiner der US Army und wohl vier nicht näher zu identifizierenden Zivilisten - einem Mann und drei Frauen - nur uniformierte amerikanische Soldaten, um die 70 Personen. Nach späterer Mitteilung des amerikanischen Stadtkommandanten Benjamin Wellins wohnten dem Akt nur jüdische amerikanische Soldaten bei.

Tatsächlich scheinen alte ortsansässige Nauheimer Juden nicht auf dem Foto zu sein. Die letzten 79 der 1933 etwa 300 Köpfe zählenden jüdischen Gemeinde von Bad Nauheim waren im September 1942 nach Theresienstadt deportiert worden.



Einfach auf einen Haufen geworfen: Die vom nationalsozialistischen „Institut zur Erforschung der Judenfrage“ in Frankfurt zusammengestohlenen Thora-Rollen werden im Juli 1945 vom amerikanischen Feldrabbiner Samuel Blinder gesichtet.

(National Archives & Records Administration, College Park/USA, RG 111)



Die 1938 weitgehend unzerstörte Synagoge in Bad Nauheim wird nach Kriegsende auf Befehl des amerikanischen Ortskommandanten wieder hergerichtet. Bereits am 27. April 1945 hält US-Rabbiner Samuel Blinder den ersten Gottesdienst. Das Foto dokumentiert dieses Ereignis.

(Stadtarchiv Bad Nauheim)

Anmerkungen

- 1 Die Verfolgung der Juden, S. 106. Der vorliegende Beitrag stützt sich vornehmlich auf Kropat, Kristallnacht.
- 2 Kolb, S. 163.
- 3 Albert Grzesinski: Im Kampf um die deutsche Republik. Erinnerungen eines Sozialdemokraten. Hrsg. von Eberhard Kolb, München 2. Aufl. 2009, S. 70. Die folgenden Zitate über die Haltung des Großherzogs in Hessen bei: Eckhart G. Franz, Fritz Kallenberg und Peter Fleck: Großherzogtum Hessen (1800) 1806–1918, in: Handbuch der hessischen Geschichte. Hrsg. von Walter Heinemeyer. Viertes Band: Hessen im Deutschen Bund und im neuen Deutschen Reich (1806) 1815 bis 1945. Zweiter Teilband: Die hessischen Staaten bis 1945. 3. Lieferung, Marburg 2003, S. 667–884, hier S. 860.
- 4 „Jüdisch-liberale Zeitung“ vom 20. März 1925, zitiert in: www.alemannia-judaica.de/bad_hersfeld_synagoge.htm.
- 5 So die Kapitelüberschrift in: „Die Synagogen brennen“.
- 6 Thomas Klein: Preußische Provinz Hessen-Nassau 1866–1944/45, in: Handbuch der hessischen Geschichte. Hrsg. von Walter Heinemeyer. Viertes Band: Hessen im Deutschen Bund und im neuen Deutschen Reich (1806) 1815 bis 1945. Zweiter Teilband: Die hessischen Staaten bis 1945. 1. Lieferung, Marburg 1998, S. 213–419, hier S. 402, sowie der Titel der Studie von Kolb.
- 7 Geschichtswerkstatt, S. 81.
- 8 In ihrem Beitrag in: „Und keiner hat für uns Kaddisch gesagt ...“
- 9 Kropat, Kristallnacht, S. 31.
- 10 „Kurahessische Landeszeitung“ vom 8. November 1938.
- 11 Winkelmann, S. 300.
- 12 Die Verfolgung der Juden, S. 227.
- 13 Sonn/Berge, S. 178.
- 14 Kropat, Reichskristallnacht, S. 208 f.
- 15 Kropat, Reichskristallnacht, S. 68.
- 16 Kropat, Kristallnacht, S. 157 f.
- 17 Werner, S. 102.
- 18 Kropat, Reichskristallnacht, S. 210.
- 19 „... werden in Kürze“, S. 19.
- 20 „... werden in Kürze“, S. 20.
- 21 „... werden in Kürze“, S. 105.
- 22 Die Verfolgung der Juden, S. 109.
- 23 Kropat, Kristallnacht, S. 63.
- 24 Kropat, Kristallnacht, S. 74.
- 25 Steinweis, S. 38.
- 26 Winkelmann, S. 308.
- 27 Das Frankfurter „Volksblatt“ vom 11. November 1938 zitiert bei Claudia Becker: Magda Spiegel. Biographie einer Frankfurter Opersängerin 1887–1944, Frankfurt a. M. 2003, S. 191.
- 28 Sonn/Berge, S. 179.
- 29 Die Verfolgung der Juden, S. 109.
- 30 Dieses und die folgenden Zitate aus den Gerichtsurteilen bei Kropat, Kristallnacht, S. 251 ff.
- 31 Die Verfolgung der Juden, S. 290.
- 32 „Kurahessische Landeszeitung“ vom 12. November 1938, abgedruckt bei Kropat, Kristallnacht, S. 158 f.
- 33 Kropat, Kristallnacht, S. 142.
- 34 Dokument in: Schwere Zeiten in Wetzlar 1939–1945 (Krieg – Befreiung – Neuanfang), Wetzlar 1995, S. 14.
- 35 Kropat, Kristallnacht, S. 33 und S. 35.
- 36 Kropat, Kristallnacht, S. 224.
- 37 Zitat bei Dieter Rebentisch: Frankfurt am Main in der Weimarer Republik und im Dritten Reich 1918–1945, in: Frankfurt am Main. Die Geschichte der Stadt in neun Beiträgen. Hrsg. von der Frankfurter Historischen Kommission, Sigmaringen 1991, S. 423–519, hier S. 511.
- 38 So der Titel seines Beitrages in Pehle (Hrsg.), Judenpogrom.

Wichtige weiterführende Literatur

Die Geschichte der Judenverfolgung, insbesondere auch die Ereignisse im November 1938, sind örtlich bisweilen ausgezeichnet aufgearbeitet worden, vor allem auch dank lokaler Initiativen. Es ist hier nicht möglich, die diesbezügliche Literatur auch nur annähernd aufzulisten. Genannt seien:

- ARNSBERG, PAUL: Die jüdischen Gemeinden in Hessen. Bilder, Dokumente, Darmstadt 1973
- ARNSBERG, PAUL: Die jüdischen Gemeinden in Hessen. Anfang - Untergang - Neubeginn (2 Bde.), Frankfurt a. M. 1981
- BENZ, WOLFGANG: Erziehung zur Unmenschlichkeit. Der 9. November 1938, in: JOHANNES WILLMS (Hrsg.): Der 9. November. Fünf Essays zur deutschen Geschichte, München 1994, S. 49-65
- „Die Synagogen brennen ...!“ Die Zerstörung Frankfurts als jüdische Lebenswelt, Frankfurt a. M. 1988
- Die Verfolgung der Juden während der NS-Zeit. Stand und Perspektiven der Dokumentation, der Vermittlung und der Erinnerung, hrsg. von ANDREAS HEDWIG, REINHARD NEEBE und ANNEGRET WENZ-HAUBFLEISCH, Marburg 2011
- Geschichtswerkstatt Geschwister Scholl: Geschichte der Bensheimer Juden im 20. Jahrhundert, Bensheim 2004
- GOTTWALDT, ALFRED/SCHULLE, DIANA: Die „Judendeportationen“ aus dem Deutschen Reich von 1941-1945. Eine kommentierte Chronologie, Wiesbaden 2005
- GRAML, HERMANN: Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich, München 1988
- KINGREEN, MONICA: „Nach der Kristallnacht“. Jüdisches Leben und antijüdische Politik in Frankfurt am Main 1938-1945, Frankfurt a. M./ New York 1999
- KOLB, STEPHAN: Die Geschichte der Bad Nauheimer Juden. Eine gescheiterte Assimilation, Bad Nauheim 1987
- KROPAT, WOLF-ARNO: Kristallnacht in Hessen. Der Judenpogrom vom November 1938. Eine Dokumentation, Wiesbaden 1988
- KROPAT, WOLF-ARNO: Reichskristallnacht. Der Judenpogrom vom 7. bis 10. November 1938 - Urheber, Täter, Hintergründe. Mit ausgewählten Dokumenten, Wiesbaden 1997
- KROPAT, WOLF-ARNO: Die Verfolgung der Juden in Hessen und Nassau, in: RENATE KNIGGE-TESCHE/AXEL ULRICH (Hrsg.): Verfolgung und Widerstand in Hessen 1933-1945, Frankfurt a. M. 1996, S. 86-101
- Mahnung am Michelsberg. Die Gedenkstätte für die ermordeten Wiesbadener Juden, Wiesbaden 2011
- PEHLE, WALTER H. (Hrsg.): Der Judenpogrom von 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord, Frankfurt a. M. 1988 (9. Aufl. 1999)
- PFEIFER, MONIKA ILONA/KINGREEN, MONICA: Hanauer Juden 1933-1945. Entrechtung, Verfolgung, Deportation, Hanau 1998
- PRINZ, WOLFGANG: Die Judenverfolgung in Kassel, in: Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Kassel 1933-1945, Bd. 2: Studien. Hrsg. von WILHELM FRENZ, JÖRG KAMMLER und DIETFRID KRAUSE-VILMAR, Kassel 1987, S. 137-222
- SONN, NORBERT/BERGE, OTTO: Schicksalswege der Juden in Fulda und Umgebung, Fulda 1984
- STEINWEIS, ALAN E.: Kristallnacht 1938. Ein deutscher Pogrom, Stuttgart 2011
- „Und keiner hat für uns Kaddisch gesagt ...“. Deportationen aus Frankfurt am Main 1941 bis 1945, Frankfurt a. M. 2004
- „... werden in Kürze anderweit untergebracht ...“. Das Schicksal der Fuldaer Juden im Nationalsozialismus. Eine Dokumentation. Hrsg. von GERHARD RENNER, JOACHIM SCHULZ und RUDOLF ZIBUSCHKA, Fulda 2. Aufl. 1992
- WERNER, KLAUS: Unter der Herrschaft des Nationalsozialismus 1933-1945, Offenbach 1988 (Zur Geschichte der Juden in Offenbach am Main, Bd. 1)
- WINKELMANN, MICHAEL: „Auf einmal sind sie weggemacht“. Lebensbilder Arolser Juden im 20. Jahrhundert. Eine Dokumentation, Kassel 1992

Blickpunkt Hessen

In dieser Reihe werden gesellschaftspolitische Themen als Kurzinformationen aufgegriffen. Zur Themenpalette gehören Portraits bedeutender hessischer Persönlichkeiten, hessische Geschichte sowie die Entwicklung von Politik und Kultur. Hrsg.: Angelika Römig.

Bisher sind erschienen:

- Blickpunkt Hessen 1: Erwin Stein – Mitgestalter des neuen Bundeslandes Hessen
- Blickpunkt Hessen 2: Fritz Bauer und die Aufarbeitung der NS-Verbrechen nach 1945
- Blickpunkt Hessen 3: Carl Ulrich – Vom sozialdemokratischen Parteiführer zum hessischen Staatspräsidenten
- Blickpunkt Hessen 4: Die Gründung des Landes Hessen 1945
- Blickpunkt Hessen 5: Eugen Kogon – Ein Leben für Humanismus, Freiheit und Demokratie
- Blickpunkt Hessen 6: Hessische Grenz Museen: Point Alpha und Schiffersgrund
- Blickpunkt Hessen 7: Hessische Partnerregionen: Emilia-Romagna, Aquitaine, Wielkopolska, Wisconsin, Jaroslaw
- Blickpunkt Hessen 8: Oskar Schindler – Vater Courage
- Blickpunkt Hessen 9: Lokaljournalismus zwischen Weimarer Republik und NS-Zeit am Beispiel der Bensheimer Presse
- Blickpunkt Hessen 10: 1908: Studentinnen in hessischen Hörsälen
- Blickpunkt Hessen 11: Die Spielregeln der Demokratie in den hessischen Gemeinden – 200 Jahre Magistratsverfassung
- Blickpunkt Hessen 12: Leben und Wirken Georg Büchners und seiner Familie in Hessen
- Blickpunkt Hessen 13: Kleindenkmale schreiben Geschichte: Historische Grenzsteine in Hessen
- Blickpunkt Hessen 14: Nachhaltigkeit in Hessen – Ansätze für kommunales Handeln